

XXIV. GP.-NR

419 1J

1 0. Dez. 2008

ANFRAGE

der Abgeordneten Grosz, Hagen, Ing. Westenthaler, List
Kolleginnen und Kollegen
an die Bundesministerin für Inneres
betreffend Hausbesetzungen

Gespentische Szenen an einem Samstagvormittag in der steirischen Landeshauptstadt Graz. Ein Anrainer muss beobachten, wie eine Gruppe von zehn bis zwölf mit Kapuzen und Sonnenbrillen vermummte Personen über die Mauern auf ein Grundstück klettern und sich dort Zutritt zu einem Haus verschaffen.

Diese Szenen spielten sich am Samstag den 18. Oktober 2008 in der Merangasse 55, mitten in Graz, im ruhigen St. Leonhard, ab. Dies ereignete sich auch nicht zum ersten Mal, sondern war bereits die fünfte Hausbesetzung in Graz in den letzten Monaten. Nach Aussagen der Hausbesetzer werden sie auch in Zukunft in Graz ihr Unwesen treiben und weitere solche Aktionen durchführen um ihr Ziel eines „autonomen Kulturzentrums“ zu erreichen.

Dabei widersprechen sich die Hausbesetzer, die der linken, grünalternativen Szene zuzuordnen sind, in ihren Forderungen selbst. Einerseits fordern sie von der öffentlichen Hand ein Gebäude, um dort in Zukunft ihr Unwesen zu treiben, andererseits wollen sie keinerlei Projektförderungen für beispielsweise die Errichtung von Jugendzentren nehmen. Während diese Gruppierung nach dem Motto „Lieber besoffen randalieren, als besonnen diskutieren“ aktiv ist, lässt sich die Stadt Graz auch immer wieder auf diese Spielereien ein und bietet den Links-Chaoten eine mediale Bühne.

Von den Hausbesetzungen bis zu den Räumungen vergehen nämlich meistens mehrere Tage. In diesem letzten vorliegenden Fall hatte die Gruppe, die übrigens anscheinend durch die Grüne Parteijugend unterstützt wird (Kleine Zeitung vom 10.10.2007: „Grünen-Gemeinderätin Christina Jahn dagegen unterstützt die Hausbesetzer und meint, es sei Zeit, „Raum zu schaffen für autonome, politische Aktivität.“), wieder einmal zwei Tage und Nächte Zeit um ein besetztes Haus für Schmieraktionen und diverse Partys zu benützen. In diesem Zusammenhang sei zu auch zu erwähnen, dass diese sogenannte „autonome Szene“ immer wieder mit Drogendelikten in Verbindung gebracht wird.

Der öffentlichen Hand entstehen durch dieses kriminelle Treiben immense Kosten. Die ohnedies personell ausgehungerte Grazer Polizei hat durch diese kriminellen Aktivitäten einen unglaublichen Mehraufwand zu verzeichnen.

Aber auch in anderen Landeshauptstädten Österreichs kommen Hausbesetzungen mit Regelmäßigkeit vor; dies belegen schon die folgenden Daten:

- 13. April 2008, Wien: Hausbesetzung in der Spitalgasse 11.
- 12. Juli 2008, Wien: Hausbesetzung in der Hohe Warte 3.
- 18. Oktober 2008, Wien: Hausbesetzung in der Helferstorferstraße 10.
- 25. Oktober 2008, Feldkirch: Hausbesetzung in der Reichsstraße 155.

Wenn man dann noch Aufforderungen wie diese im Internet findet:

„Suche Leute die Lust haben mit mir hier in Spanien einige leerstehende voll möblierte Luxusapartments zu besetzen. Ich habe die Lage abgecheckt und mus sagen: Diese Spekulaten haben es verdient! Die Wohnungen sind super, alle mit pool und teilweise Meerblick oder Strandnähe, von der spanischen Polizei sind keine Schwierigkeiten zu erwarten, ich habe da Kontakte. Wir bräuchten aber mindestens 20 Leute für eine Session hier im Sommer, so August September etc. es bleibt hier bis November warm, also Weihnachten wieder zu hause!“

so stellt sich schon die Frage, wie die Polizei unter der Führung der Innenministerin dieser „Hausbesetzungsmode“ Herr zu werden gedenkt.

Daher richten die unterzeichneten Abgeordneten an die Frau Bundesministerin für Inneres nachstehende

Anfrage:

1. Wie viele sogenannte Hausbesetzungen – gegliedert nach Datum, Zeit, Ort, betroffenem Hauseigentümer – fanden im Jahr 2008 in ganz Österreich statt?
2. Wie entwickelte sich die Zahl der Hausbesetzungen in den letzten 10 Jahren?
3. Wieviele Hausbesetzungen machten den Einsatz der Polizei notwendig?
4. Wie viele Polizistinnen und Polizisten kamen bei diesen Hausbesetzungen jeweils insgesamt zum Einsatz?
5. Wie hoch waren jeweils die gesamten Einsatzkosten der Exekutive?
6. Wie viele Dienststunden wurden jeweils insgesamt seitens der Exekutive aufgewandt?
7. Bei welchen Hausbesetzungen kam es zu Zwischenfällen mit der Exekutive?
 - a. Wenn ja, welche Zwischenfälle waren das?
 - b. Wurden Polizistinnen und Polizisten bei diesen Zwischenfällen verletzt?
 - c. Wenn ja, wie viele und wie schwer waren die Verletzungen?
8. Wurden im Zusammenhang mit den Hausbesetzungen jeweils Anzeigen erstattet?
 - a. Wenn ja, gegen wie viele involvierte Personen und wegen welcher Delikte, gegliedert nach Hausbesetzungen?
9. Waren unter den Angezeigten auch Personen, die bereits in der Vergangenheit wegen Hausbesetzungen oder Drogendelikte in Konflikt mit den Gesetzen standen bzw. auffällig wurden?
10. In welchen Fällen wurde seitens der betroffenen Hauseigentümer von einer Anzeige abgesehen? Wenn ja, warum?
11. Wurden im Rahmen der Hausbesetzungen auch Festnahmen getätigt?
 - a. Wenn ja, wie viele?
 - b. Wegen welcher Delikte wurden Festnahmen getätigt?
12. Gab es seitens von Vertreterinnen und Vertreter der betroffenen Kommunen Interventionen gegenüber der Exekutive, von Anzeigen wegen verübter Delikte abzusehen? Wenn ja, von wem, in welchen Fällen und mit welchem Ergebnis?

13. Ist Ihrem Ressort bekannt, welche politischen Gruppierungen an diesen Hausbesetzungen jeweils teilgenommen haben bzw. zu diesen aufgerufen oder sie öffentlich gutgeheißen haben? Wenn ja, um welche Gruppierungen handelt es sich jeweils?
14. Hat die Gemeinderätin der Stadt Graz Frau Christine Jahn an den Hausbesetzungen in Graz teilgenommen? Wenn ja, wann?
15. Haben Vertreterinnen und Vertreter der Grünen und der KPÖ Interventionen für die Hausbesetzer getätigt? Wenn ja, wann, wie und in welchen konkreten Fällen und mit welchem Ergebnis?
16. Wie hoch war der gesamte Sachschaden in den unter Frage 1 genannten Hausbesetzungen jeweils?
17. Gedenken Sie sich mit dieser immer stärker werdenden Problematik rund um die Hausbesetzungen auseinanderzusetzen? Wenn nein, warum nicht? Wenn ja, in welcher Form und mit welchem Ziel?
18. Sie sind dazu bereit, sich für eine Verschärfung der Strafrahmen der im Zuge der Hausbesetzungen am häufigsten zum Tragen kommenden Deliktsgruppen einzusetzen? Wenn nein, warum nicht?
19. Welche konkreten Schritte werden Sie setzen, um Hausbesetzungen in Zukunft
 - a. zu verhindern,
 - b. rascher zu beenden,
 - c. die Sach- und Personenschäden spürbar zu reduzieren?



Handwritten signatures and initials in black ink, including a large signature on the left, a signature on the right, and two signatures at the bottom.